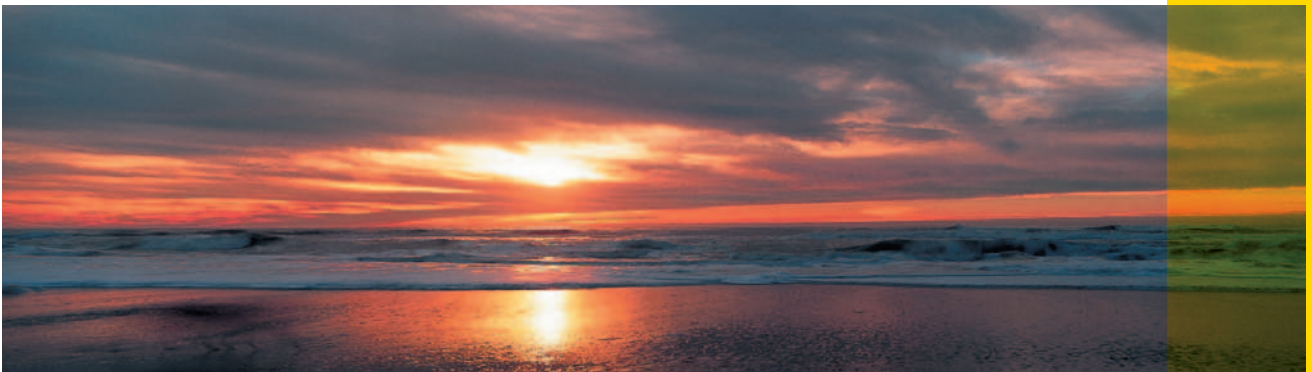




Was wissen die Deutschen über Kyoto, Öko-Steuer und Emissionshandel?



Eine repräsentative Befragung der deutschen BP im Jahr 2007



Vorwort

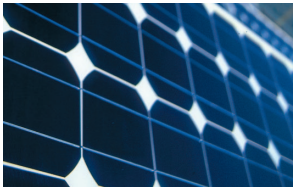
Vor etwas mehr als zwei Jahren hat die Deutsche BP anlässlich der Einführung des europäischen Emissionshandels erstmalig die Befragung durchgeführt „Was wissen die Deutschen über Kyoto, Öko-Steuer und Emissionshandel?“ (Januar 2005). Die Ergebnisse waren sehr ernüchternd. Wir formulierten im damaligen Vorwort: „Der Wissensstand ist stark verbesserungsbedürftig.“

Im Unterschied zu 2004/2005 sind die Themen rund um den Begriff „Klimawandel“ heute deutlich umfangreicher in den Medien diskutiert. Zunehmend stehen dabei die globalen Konsequenzen und Notwendigkeit zum Handeln im Mittelpunkt. Begriffe wie „Kyoto“, „Emissionen“ oder „CO₂“ sind täglich in den Zeitungen, im Funk oder Fernsehen präsent – doch gilt das auch für die Köpfe der Menschen? Welche dieser Begriffe werden in der Bevölkerung jedoch wirklich wahrgenommen? Und was können die Menschen bisher mit den gängigen Schlagworten der Experten anfangen?

Kurz zusammengefasst: Die Situation hat sich leicht verbessert – der Stand des Wissens ist aber immer noch oberflächlich. Es gilt nach wie vor: Die Instrumente des Klimaschutzes müssen in der Öffentlichkeit noch besser bekannt gemacht werden. Die BP leistet hierzu auf verschiedenen Ebenen ihren gesellschaftlichen Beitrag – im Rahmen der gemeinschaftlichen Aufgabe von Staat, Wirtschaft, Medien und Schulen.

Wir behalten den zeitlichen Rhythmus der Befragung bei und wollen diese Studie auch in Zukunft wiederholen. Wir bleiben dabei optimistisch: Steter Tropfen höhlt den Stein!

Dr. Lutz v. Meyerinck
Direktor Gesundheit, Arbeitsschutz, Unternehmenssicherheit, Umweltschutz, Qualität
Deutsche BP AG



Vorwort	3
Inhalt	4
Einleitung	5
1. Bekanntheit: nachhaltige Entwicklung	6
2. Bekanntheit: Kyoto-Protokoll	7
3. Position Deutschlands im Umwelt- und Klimaschutz	9
4. Gründe für die führende Position Deutschlands	10
5. Umweltschutz vs. Arbeitsplätze	11
6. Ziele und Aufgaben im Bereich Umweltschutz	12
7. Bekanntheit: Öko-Steuer	13
8. Bekanntheit: Emissionshandel	14
9. Erwartungen an den Emissionshandel	15
10. Bekanntheit: Klimawandel	16
11. Klimawandel: existent oder unbewiesen?	17
12. Klimawandel: resigniertes Hinnehmen oder aktives Gegensteuern?	18
13. Klimaschutzpolitik: Erwartungen an Europa	19
14. Klimawandel: Bereitschaft zu persönlichen Einschränkungen	20
15. Klimaschutz: Bereitschaft zu gesetzlichen Vorgaben	21
16. Methodensteckbrief	22

TNS Emnid führte im Auftrag der deutschen BP im Februar/März 2007 eine repräsentative Bevölkerungsumfrage unter 2.159 Befragten durch, um den Kenntnisstand der Menschen hierzu erneut unter die Lupe zu nehmen. Ein besonderer Schwerpunkt lag diesmal auf dem Begriff des Klimawandels und den damit verknüpften Einschätzungen und Konsequenzen, wobei es interessant ist, dessen Bekanntheit auch mit der anderer Termini innerhalb des Themenfeldes: „Öko-Steuer, Kyoto-Protokoll, Emissionshandel und nachhaltige Entwicklung“ vergleichen zu können.

Unter den bereits vor zwei Jahren abgefragten Begriffen ist die Öko-Steuer mit über 80 % nach wie vor derjenige mit dem größten Bekanntheitsgrad; allerdings ist er auch der einzige Begriff, den heute weniger Menschen kennen als noch Ende 2004. Kyoto-Protokoll, Emissionshandel und nachhaltige Entwicklung sind hingegen heute etwas bekannter als 2004, wenngleich sich die Begriffe insgesamt nur langsam durchsetzen. „Kyoto“ hat es immerhin heute bei der Mehrheit der Bevölkerung geschafft (52 %), von Emissionshandel und nachhaltiger Entwicklung hat inzwischen etwas mehr als jeder Dritte schon einmal gehört. Der Kenntnisstand ist bei allen Begriffen nach wie vor stark vom Bildungshintergrund abhängig.

So richtig klar, worum es sich bei den Bezeichnungen handelt, ist es allerdings selbst denen nicht immer, die davon gehört haben. Die Antworten bleiben vielfach diffus – oder bleiben überhaupt ganz aus: Der hohe Anteil derer, die mit „weiß nicht“ auf die entsprechende Nachfrage reagieren, ist nach

wie vor ein deutliches Indiz für wenig verankertes Wissen.

Ganz anders sieht es beim Stichwort „Klimawandel“ aus. Unter allen abgefragten Begriffen ist dies mit 89 % der bekannteste. Und quer durch alle Bevölkerungsschichten können die Bundesdeutschen mit dem Begriff auch inhaltlich konkret etwas anfangen, so verbinden bspw. 66 % damit das Stichwort Erderwärmung.

Für die überwältigende Mehrheit der Bundesbürger (85 %) ist der Klimawandel unstrittige Realität. Ob mit einer aktiven Umweltschutzpolitik der Klimawandel noch zu stoppen oder zumindest abzumildern ist oder ob es bereits zu spät ist, in dieser Frage sind die Bundesbürger in zwei fast gleich große Lager gespalten. 44 % haben bereits resigniert, 47 % finden sich nicht damit ab und wollen aktiv gegen den Klimawandel angehen.

Dennoch ist die Erwartungshaltung hoch, dass Europa in Sachen Klimapolitik eine Vorreiterrolle übernimmt, selbst wenn dies mit wirtschaftlichen Nachteilen verbunden sein sollte (76 %). Dabei sieht die Hälfte der Bundesbürger die eigene Nation als vorbildlich in der Umwelt- und Klimaschutzpolitik an – Tendenz allerdings abnehmend. Die Bildungselite ist davon weniger überzeugt als noch vor zwei Jahren, außerdem ist sich die Nation in dieser Frage nicht einig: Die ostdeutsche Bevölkerung ordnet die Bundesrepublik im globalen Vergleich nur im Mittelfeld ein.

Der Klimawandel erfordert aktives Handeln. „Umweltschutz sollte selbst dann Vorrang

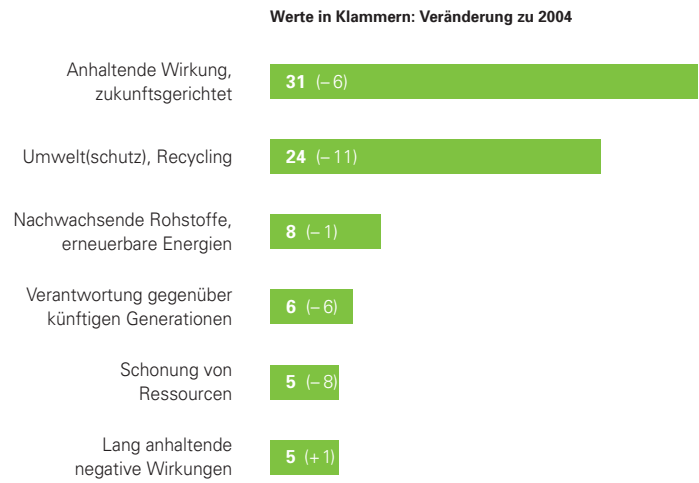
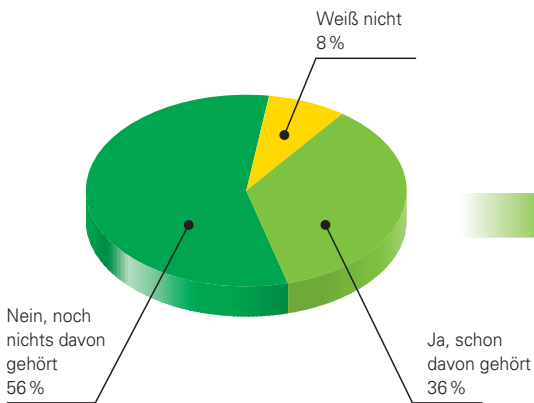
haben, wenn dadurch Arbeitsplätze verloren gehen“ – diese Forderung erfährt zunehmend Akzeptanz. Ihr stimmen heute mehr Bundesbürger zu als sie ablehnen, 2004 war dies noch umgekehrt. Nach Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden werden die Verringerung klimaschädlicher Gase und sparsamer Umgang mit Ressourcen als wichtigste Umweltschutzziele genannt (jeweils etwa zwei Drittel sagen: „sehr wichtig“). Auf Rang vier folgt heute mit 61 % der Verkehrsbereich.

Die Bundesbürger sind auch durchaus gewillt, zum Klimaschutz selbst etwas beizutragen. Jede(r) Dritte erklärt sich „sehr bereit“, beim Kauf eines neuen Autos die Priorität auf Klimaschutz und nicht auf Leistung zu legen (32 %), 28 % sind „sehr bereit“, weniger Auto zu fahren. Nicht ganz so viele (minus vier bzw. minus fünf Prozentpunkte) unterstützen in gleichem Maße Gesetzesregelungen, die dies zur Pflicht erheben würden. Gesamtfazit: Ein Basispotenzial für Veränderungen ist in der Bevölkerung derzeit vorhanden.

Oliver Krieg
Director Social & Opinion, TNS Emnid

1. Bekanntheit: nachhaltige Entwicklung

Bekanntheit: nachhaltige Entwicklung Ungestützte Nachfrage



Werte unter 5% nicht aufgeführt, Mehrfachnennungen möglich

Frage: Als Leitbild für den Umweltschutz taucht gelegentlich der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ auf. Haben Sie von nachhaltiger Entwicklung schon gehört, oder haben Sie davon noch nichts gehört? Was verbinden Sie mit dem Begriff „nachhaltige Entwicklung“?

Es fällt offensichtlich schwer, den Begriff „nachhaltige Entwicklung“ im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern. Obwohl er in Fachdiskussionen seit Jahren Verwendung findet und im Zusammenhang mit Klimadebatten in den Tagesmedien immer häufiger auftaucht, hat auch im Jahr 2007 nur eine Minderheit in der Gesamtbevölkerung – etwas mehr als ein Drittel (36%) – schon einmal davon gehört.

Der Kenntnisprozess ist zäh, eine Entwicklung ist aber immerhin zu erkennen, denn vor gut zwei Jahren waren es mit 26% noch sehr viel weniger, die von nachhaltiger Entwicklung gehört hatten. Der weibliche Teil der Bevölkerung hat Wissensmäßig aufgeholt: Ende 2004 hatten Männer mit 30% um neun Prozentpunkte häufiger von nachhaltiger Entwicklung gehört als Frauen (21%); heute beträgt die Differenz zwischen Männern (38%) und Frauen (34%) nur noch vier Prozentpunkte. Nach wie vor sind die unter 30-Jährigen die mit Abstand am schlechtesten informierte Altersgruppe (30%, Befragte höheren Alters: 35% und

mehr). Auch die Bildungsschere existiert weiterhin.

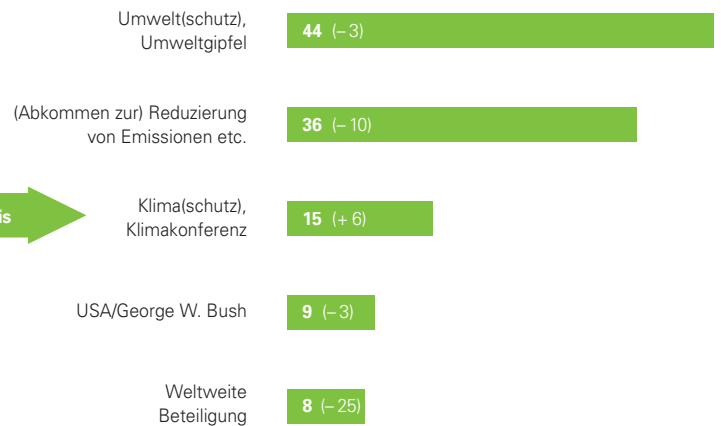
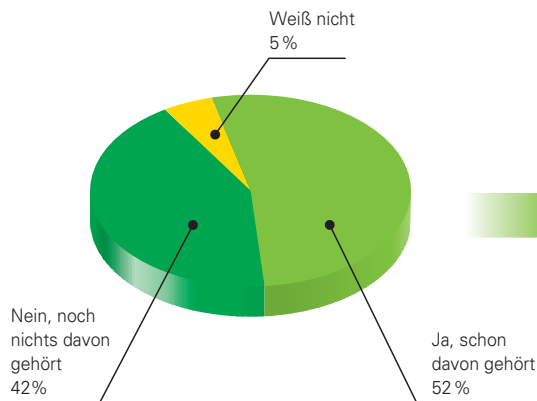
Die Bildungselite (Abitur und/oder Universitätsabschluss) zeigt sich mittlerweile zu fast zwei Dritteln informiert (63%), beim Rest der Bevölkerung herrscht hingegen nach wie vor mehrheitlich Unwissenheit: Befragte mit mittleren Bildungsabschlüssen kennen den Begriff „nachhaltige Entwicklung“ nur zu 40%; noch sehr viel weniger sind es unter den Befragten mit Volks- bzw. Hauptschulabschluss (mit abgeschlossener Lehre: 26%, ohne abgeschlossene Lehre: 15%).

Nachgefragt, was unter „nachhaltiger Entwicklung“ verstanden wird, zeigt sich, dass der Begriff auch bei denen, die ihn zumindest schon mal gehört oder gelesen haben, häufig mit wenig Inhalt gefüllt ist. Jede(r) Sechste (16%) muss auf die Nachfrage gänzlich passen und antwortet mit „weiß nicht“. Selbst unter den Höhergebildeten kommt jede(r) Zehnte zu keinerlei Definition, und diese Gruppe unterscheidet sich auch in der Schwerpunktsetzung bei den inhaltlichen

Antworten recht wenig vom Rest der Bevölkerung.

Ein Viertel (24%) aller Bundesdeutschen assoziiert nachhaltige Entwicklung vage mit Umwelt(schutz) bzw. Recycling. Das sind weniger als 2004 (35%), aber daraus kann nicht gefolgert werden, dass die Antworten an Schärfe gewonnen hätten. Denn auch Nennungen, die stärker den richtigen Inhalt treffen, sind weniger geworden. So verbinden heute 31% mit dem Begriff „nachhaltige Entwicklung“ zukunftsgerichtete, lang anhaltende Wirkungen des Handelns (2004: 37%); die Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen erwähnen 6% (2004: 12%), die Schonung von Ressourcen 5% (2004: 13%). Dass nachhaltige Entwicklung auch mit der Nutzung nachwachsender Rohstoffe bzw. regenerativer Energien zusammenhängt, meinen heute mit 8% etwa gleich viele wie vor gut zwei Jahren (9%).

Bekanntheit: Kyoto-Protokoll Ungestützte Nachfrage



Werte unter 5 % nicht aufgeführt, Mehrfachnennungen möglich

Frage: Haben Sie schon einmal den Begriff „Kyoto-Protokoll“ gehört? Was verbinden Sie mit dem Begriff „Kyoto-Protokoll“?

Mit dem Begriff „Kyoto-Protokoll“ können sehr viel mehr Menschen in Deutschland etwas anfangen als mit „nachhaltiger Entwicklung“. Im Frühjahr 2007 zeigt sich die Bevölkerung mehrheitlich informiert; 52 % geben an, davon schon gehört zu haben. Gegenüber der Befragung Ende 2004 ist dies eine Steigerung um acht Prozentpunkte; damals war erst knapp die Hälfte der Bevölkerung (44 %) mit dem Begriff vertraut.

Anders als beim Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“ ist der Begriff „Kyoto-Protokoll“ in West und Ost (nach wie vor) unterschiedlich gut bekannt. In beiden Landesteilen hat die Kenntnis gleichermaßen zugelegt, so dass die Differenzen bis heute bestehen geblieben sind. In den alten Bundesländern attestiert aktuell eine Mehrheit von 55 %, Kenntnis davon zu haben (2004: 46 %), in Ostdeutschland ist es nach wie vor nur eine Minderheit (43 %; 2004: 37 %). Ähnliches gilt für den Kenntnisstand nach Geschlecht: Männer (58 %) haben immer noch deutlich häufiger bereits vom Kyoto-Protokoll gehört als Frauen (47 %).

Das hervorstechendste Unterscheidungsmerkmal ist auch hier wieder das Bildungsniveau: Den Befragten mit Abitur und/oder Universitätsabschluss ist Kyoto zu 83 % ein Begriff. Unter Befragten der mittleren Bildungsschicht zeigt sich mittlerweile immerhin eine knappe Mehrheit informiert (55 %, 2004: 49 %), in allen anderen Bildungsgruppen bleibt Kyoto weiterhin mehrheitlich eine Unbekannte. Die Gruppe der Schüler scheint nach wie vor fast völlig unberührt von den aktuellen Diskussionen. Lediglich 21 % haben bisher von Kyoto gehört, das sind kaum mehr als vor zwei Jahren (20 %), aber inzwischen weniger als selbst unter Befragten mit einfachstem Bildungsniveau, denjenigen mit Haupt- oder Volksschulbesuch ohne berufliche Ausbildung, bei denen der Anteil aktuell 28 % beträgt (2004: 23 %).

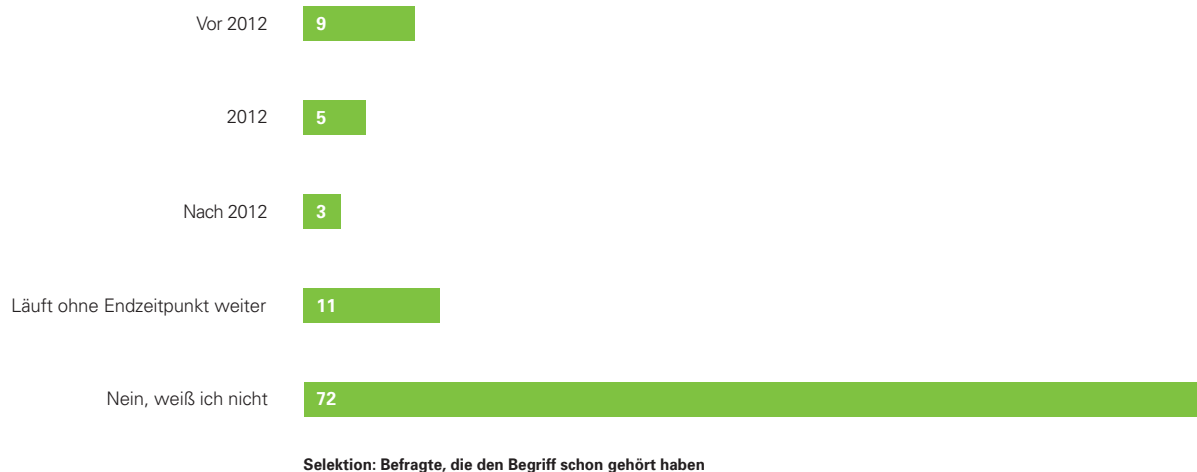
Wer vom Kyoto-Protokoll gehört hat, liegt mit der inhaltlichen Definition in der Regel nicht ganz falsch. Die meisten Antworten beziehen sich auf das recht allgemeine Stichwort Umwelt/Umweltschutz bzw. auch Umweltgipfel (44 %). Die präzisere Beschrei-

bung – Reduzierung von Emissionen und/oder die Bekämpfung des so genannten Treibhauseffektes – benennen heute mit 36 % weniger Befragte als noch vor zwei Jahren (46 %). Allerdings dürfte sich ein Teil der Antworten von den Begrifflichkeiten her – den veränderten Mediendarstellungen folgend – schlicht verlagert haben, denn vermehrt taucht heute das Stichwort Klimaschutz oder auch Klimakonferenz auf (15 %, 2004: 9 %).

Eine wirklich auffällige Veränderung betrifft aber eine andere Antwort: Der globale Aspekt – die weltweite Beteiligung – wird heute nur von 8 % herausgestellt; 2004 bezog sich dagegen jede(r) Dritte in seiner Antwort hierauf. Dieser extreme Rückgang lässt vor allem einen Schluss zu: Globales Denken ist bei den Menschen kein Novum mehr, das es extra zu betonen gilt. Das Besondere des Kyoto-Protokolls, der Versuch nämlich, erdumspannend Ziele zu definieren, ist in Zeiten, in denen die Auswirkungen der Globalisierung im Alltag der Menschen überall spürbar sind, eben nicht mehr einzigartig und ist von daher auch nicht besonders hervorzuheben.

2. Bekanntheit: Kyoto-Protokoll (Forts. von Seite 7)

Wissen über Auslaufen des Kyoto-Protokolls



Frage: Wissen Sie, wann das Kyoto-Protokoll ausläuft?

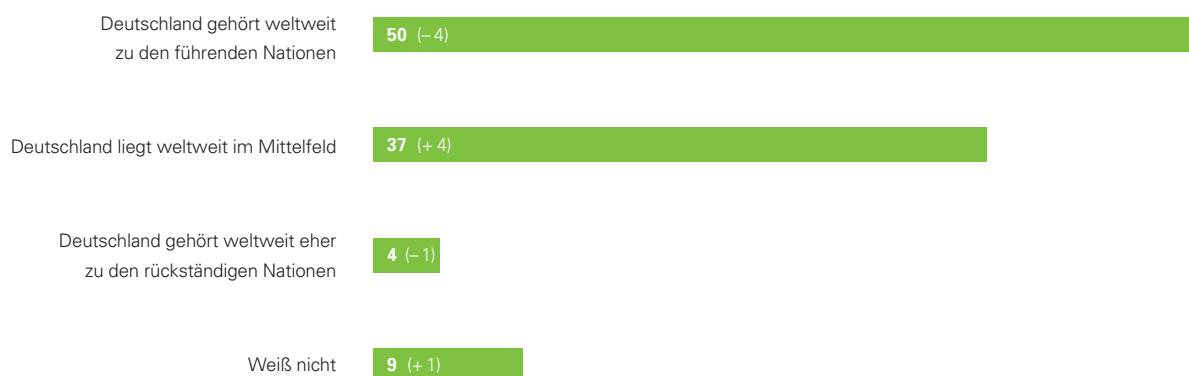
Die Bildungselite bezieht sich in ihren Antworten übrigens häufiger als der Bevölkerungsschnitt auf die genaue Beschreibung „Abkommen zur Schadstoffreduzierung/ Treibhauseffekt/Emissionen“, die allgemeinere Begrifflichkeit „Umweltgipfel“ wird von ihr seltener verwendet.

Wie partiell das Wissen der Bevölkerung um das Kyoto-Protokoll ist, offenbart auch die Frage, auf welchen Zeitraum hin das Abkommen angelegt ist. Von denjenigen, die von diesem Begriff schon einmal gehört haben, weiß die große Mehrheit (72 %) kein Datum zu benennen, Männer nicht häufiger als Frauen und Westdeutsche nicht öfter als Befragte aus den neuen Bundesländern. Auch vertreten 11 % die Ansicht, es gebe gar keinen festgelegten Zeitpunkt. Die Antworten der verbleibenden 17 % streuen vom aktuellen Jahr 2007 bis in die ferne Zukunft. Ganze 5 % wissen, dass das Kyoto-Protokoll im Jahr 2012 ausläuft. Viel besser ist es im Übrigen auch um die Kenntnisse der formal Hochgebildeten nicht bestellt: In dieser Gruppe liegt der Anteil derer, die gleich passen und „weiß nicht“ sagen, zwar „nur“ bei 61 %, aber den richtigen Zeitpunkt benennen auch hier lediglich 7 %.

3. Position Deutschlands im Umwelt- und Klimaschutz

Position Deutschlands im Umwelt- und Klimaschutz

Werte in Klammern: Veränderung zu 2004



Frage: Wenn Sie an Deutschlands Position im Umwelt- und Klimaschutz denken, würden Sie sagen ...?

Die Bundesrepublik Deutschland – eine der weltweit führenden Nationen in Sachen Umwelt- und Klimaschutz? Jeder zweite Bundesbürger beantwortet diese Frage mit einem „Ja“ (50 %).

Damit ist der Anteil der vom Klimaschutz in Deutschland Überzeugten gegenüber 2004 (54 %) leicht gesunken, eine Veränderung, die in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass die Westdeutschen an der herausragenden Position ihres Landes beim weltweiten Klimaschutz zu zweifeln begonnen haben. Waren 2004 noch 59 % der Bevölkerung in den alten Bundesländern davon überzeugt, dass die Bundesrepublik zu den Vorzeignationen gehört, sind es heute nur noch 54 %. In Ostdeutschland war schon damals eine andere Position verbreitet: Nur 36 % der Ostdeutschen schrieben Deutschland im Jahr 2004 in Umweltfragen eine Führungsrolle zu, die Mehrzahl sah die eigene Nation hingegen weltweit eher im Mittelfeld (46 %), und an dieser Haltung hat sich im deutschen Osten in den vergangenen zwei Jahren auch nichts

verändert (Zahlen heute: führend 35 %, Mittelfeld 47 %).

Als Zeichen einer gravierenden Veränderung in der Einstellung muss angesehen werden, dass sich die Bildungsdifferenzen nivelliert haben. Im Jahr 2004 war gerade die Bildungselite besonders davon überzeugt, dass Deutschland in Sachen Umwelt- und Klimaschutz Spitze ist, 65 % sprachen ihrem Land eine Führungsposition zu. Heute sind es nur noch 54 % und damit kaum mehr als bei Befragten mit mittlerer und einfacher Schulbildung inklusive Berufsausbildung (jeweils 50 %). In diesen Gruppen sind die Anteile zwar auch zurückgegangen, aber nicht so stark wie bei den Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss.

Deutschlands Vorsprung im Vergleich zu anderen Nationen hat sich nach Einschätzung der bundesdeutschen Bevölkerung fraglos abgeschwächt. Die aktuelle Bewertung muss sicherlich vor dem Hintergrund der derzeit lautstark geführten Debatten um Klimaschutz und Klimawandel gesehen werden, bei denen

in den vergangenen Wochen insbesondere die Automobilindustrie ins Visier der Kritik geraten ist. Es wird spannend sein, die weitere Entwicklung zu verfolgen. Möglicherweise stoßen ja gerade die aktuellen intensiven Diskussionen Veränderungen an, die zu einem erneuten Sinneswandel führen.

Trotz allem stuft kaum ein Bundesbürger Deutschland in Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes als rückständig ein; nur eine Minderheit von 4 % äußert sich in dieser Weise.

4. Gründe für die führende Position Deutschlands

Gründe für die führende Position Deutschlands

Übersicht: sehr wichtige Gründe

Werte in Klammern: Veränderung zu 2004



Selektion: Befragte, die Deutschland für führend im Umwelt- und Klimaschutz halten

Frage: Ich lese Ihnen nun verschiedene mögliche Gründe vor, die mit dafür verantwortlich sein könnten, dass Deutschland führend im Umwelt- und Klimaschutz ist. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob dies Ihrer Meinung nach ein sehr wichtiger Grund dafür ist, dass Deutschland im Umwelt- und Klimaschutz führend ist, oder eher ein wichtiger Grund, ein weniger wichtiger Grund oder ob dies überhaupt nicht wichtig dafür ist.

Danach befragt, worauf die Vorreiterrolle Deutschlands vorrangig beruht, zeigt sich, dass die meisten Gründe im Bewusstsein der Bevölkerung gleichrangig nebeneinander stehen. Für den Personenkreis, der Deutschland als führend ansieht, ist es offensichtlich das Bündel von Aktivitäten und Akteuren, die gemeinsamen Anstrengungen, die Deutschland zu einer Führungsposition im Umwelt- und Klimaschutz verholfen haben.

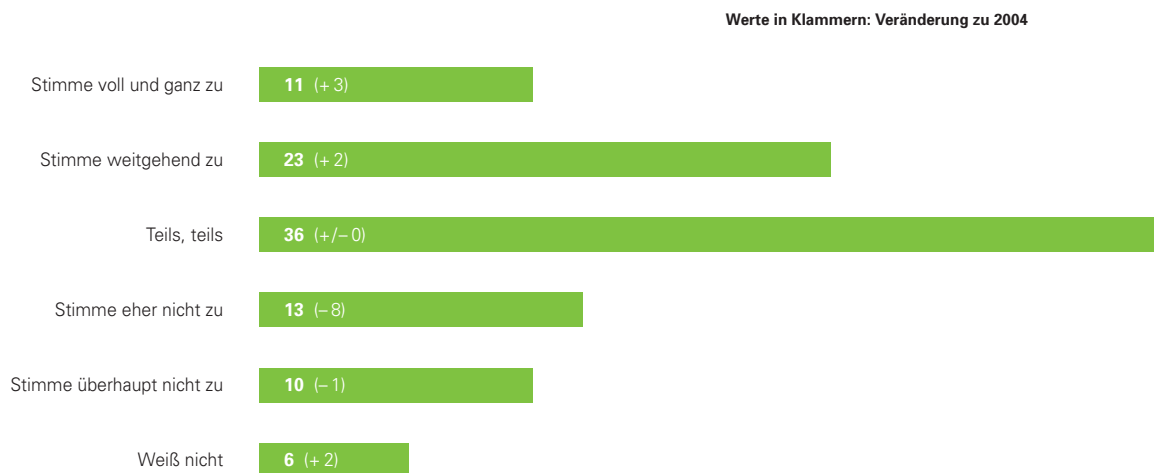
Das Vorhandensein der modernsten Technologien ist mit 58 % der Aspekt, der sich noch am ehesten positiv von den übrigen abhebt – übrigens sowohl vom Rangplatz her als auch prozentual unverändert gegenüber 2004. An zweiter Stelle folgt das Engagement von Umwelt- und Klimaschutzgruppen, von 52 % als sehr wichtiger Grund genannt (2004: 54 %, auch damals schon Rang zwei).

Die Bedeutung umweltbewussten Verhaltens der privaten Verbraucher, eine strenge, umfassende Gesetzgebung, das Vorhandensein eines hohen gesellschaftlichen Problembewusstseins und das Engagement der Unternehmen stehen relativ gleichwertig nebeneinander (Wertungen zwischen 45 % und 48 %); die Differenz in der Einstufung dieser Aspekte als „sehr wichtig“ beträgt maximal drei Prozentpunkte.

Am unteren Ende der Skala ist das Engagement der Politiker platziert. Mit 40 % wird diesem Aspekt eine etwas geringere Bedeutung zugeschrieben als den übrigen. Und dies stellt die gravierendste Veränderung gegenüber 2004 dar: Mit minus fünf Prozentpunkten ist die Politik der Verlierer in der Runde der Erfolgsgründe, denn vor zwei Jahren wurde die politische Seite noch als ebenso bedeutsamer Faktor angesehen wie die Unternehmen oder das gesellschaftliche Problembewusstsein (2004: alle Aspekte jeweils 45 %).

Es ist vor allem der weibliche Teil der Bevölkerung, der den politischen Akteuren nicht mehr die gleiche Wichtigkeit einräumt wie zuvor. Bei den Frauen ist der Anteil derer, die sie als sehr wichtig einschätzen, um sechs Prozentpunkte zurückgegangen, bei den Männern lediglich um zwei. Der Bildungshintergrund ist hingegen für die Bewertung der Rolle der Politik ohne Bedeutung.

Umweltschutz vs. Arbeitsplätze



Frage: Wie stehen Sie persönlich zu der Aussage: „Umweltschutzmaßnahmen sollten auch dann durchgesetzt werden, wenn dadurch Arbeitsplätze verloren gehen“?

Umweltschutzmaßnahmen haben im Zweifel Vorrang vor dem Erhalt von Arbeitsplätzen – diese Priorisierung erfährt zunehmend Akzeptanz. Fanden sich in der Studie Ende 2004 noch jeweils etwa gleich viele Befürworter (28 %) wie Gegner (32 %) für die Aussage „Umweltschutzmaßnahmen sollten auch dann durchgesetzt werden, wenn dadurch Arbeitsplätze verloren gehen“ – mit leichtem Überhang derer, die den Erhalt von Arbeitsplätzen als höherwertig ansahen –, so hat sich dieses Bild aktuell umgekehrt. Die Zahl derer, die Umweltschutzmaßnahmen den Vorrang einräumen, hat sich um fünf Prozentpunkte auf 34 % erhöht. Vor allem aber ist die Gruppe derjenigen, die eine gegenteilige Position beziehen und der Aussage eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen würden, um neun Prozentpunkte auf 23 % gesunken. Zwischen Befürwortern und Gegnern tut sich also mittlerweile eine Spanne von elf Prozentpunkten auf – 2004 waren es vier Prozentpunkte, und das noch mit umgekehrtem Vorzeichen.

Der Anteil derer, die sich nicht festlegen mögen, was wichtiger ist, Umweltschutz

oder Arbeitsplätze, liegt konstant bei gut einem Drittel (2004 und 2007: 36 %).

Diese Veränderung, nach der Umweltschutzmaßnahmen Priorität eingeräumt wird, selbst wenn dies Arbeitsplätze kosten sollte, darf als tiefgreifend eingeschätzt werden, denn der Gedanke hat weit mehr Teile der Bevölkerung als allein die Bildungselite erfasst, die schon 2004 dem Umweltschutz mehr Bedeutung einräumte als dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Damals stand diese Gruppe mit ihrer Einschätzung noch allein. Aktuell beziehen jedoch auch Befragte mit mittleren Bildungsabschlüssen ganz eindeutig eher Position pro Umweltschutz („Stimme voll und ganz zu/Stimme weitgehend zu“: 37 %, „Stimme eher nicht zu/Stimme überhaupt nicht zu“: 22 %), und auch bei den Volksschülern mit Lehre überwiegt Ersteres (30 % zu 25 %). Nur in der zahlenmäßig doch eher kleinen Gruppe der Befragten des niedrigsten Bildungsniveaus (Volks- oder Hauptschule ohne Lehre) überwiegt nach wie vor die Zahl der Gegner (36 %) die der Befürworter (25 %). Aber selbst für diese Befragtengruppe ist zu

konstatieren, dass die Vehemenz, mit der ein möglicher Vorrang von Umweltschutzmaßnahmen vor Arbeitsplätzen abgelehnt wird, deutlich abgenommen hat, denn 2004 bezog noch fast jede(r) Zweite aus dieser Bildungsschicht eindeutig Stellung gegen die Aussage (47 %), heute ist es nur noch ein gutes Drittel (36 %).

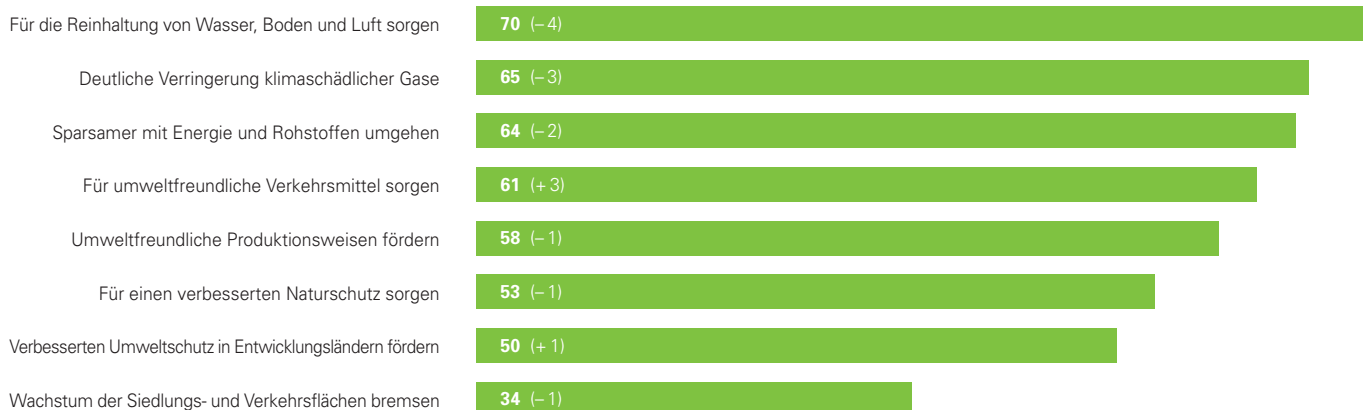
Unterschiede, wie es sie 2004 noch zwischen den Landesteilen gab – es waren eher die Ostdeutschen, die gegen Umweltschutz auf Kosten der Arbeitsplätze votierten –, gibt es 2007 ebenfalls nicht mehr in so stark ausgeprägtem Maße. „Ja, Umweltschutzmaßnahmen sollten notfalls auch auf Kosten von Arbeitsplätzen durchgesetzt werden“ meinen heute etwa gleich viele Ost- wie Westdeutsche (33 % zu 35 %). Die Zahl entschiedener Gegner dieser Haltung hat allerdings im Westen („Stimme eher nicht zu/Stimme überhaupt nicht zu“: minus neun Prozentpunkte) stärker abgenommen als in den neuen Bundesländern (minus sechs Prozentpunkte).

6. Ziele und Aufgaben im Bereich Umweltschutz

Ziele und Aufgaben im Bereich Umweltschutz

Übersicht: sehr wichtige Aufgaben

Werte in Klammern: Veränderung zu 2004



Frage: Ich werde Ihnen jetzt einige Ziele und Aufgaben aus dem Bereich Umweltschutz nennen: Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diese Aufgabe für sehr wichtig, eher wichtig, weniger wichtig oder überhaupt nicht wichtig halten.

Umweltschutz – darunter lassen sich die unterschiedlichsten Ziele und Aufgaben subsumieren. Und die bundesdeutsche Bevölkerung differenziert durchaus, was deren Bedeutung betrifft, auch wenn bis auf einen Aspekt alle in der Studie abgefragten Aufgaben von mindestens der Hälfte als sehr wichtig eingestuft werden.

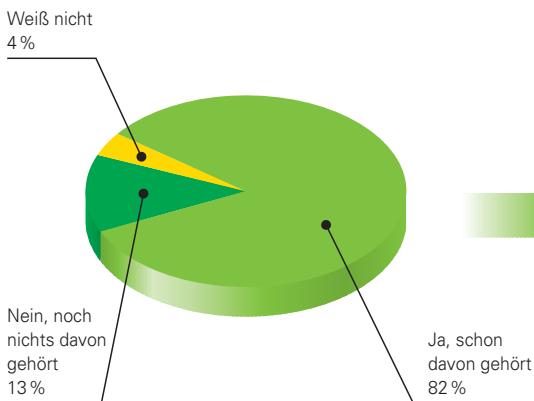
Oberste Priorität hat die Reinhaltung von Wasser, Boden und Luft mit 70 %. Mit etwas Abstand folgen auf den Plätzen zwei und drei die deutliche Verringerung klimaschädlicher Gase (65 %) und ein sparsamerer Umgang mit Energie und Rohstoffen (64 %), die etwa gleichrangig als wichtige Ziele angesehen werden.

Der Trendvergleich ergibt, dass sich die Wertigkeiten im Zeitverlauf als recht stabil erweisen. Bei fünf der acht abgefragten Aufgaben schwanken die Angaben lediglich um maximal zwei Prozentpunkte, die größte Abweichung zu den Werten der Vorwelle beträgt vier Prozentpunkte. Generell sind die prozentualen Anteile für die Einschätzung verschiedener Umweltschutzziele als „sehr wichtig“ tendenziell zurückgegangen.

Einen kleinen „Gegentrend“ bietet der Verkehrsaspekt, der tendenziell an Bedeutung zugelegt hat (plus drei Prozentpunkte, aktuell Rang vier), und der damit die Förderung von umweltfreundlichen Produktionsweisen heute auf Rang fünf verweist. Dies ist aber auch die einzige Veränderung in der Rangfolge der Wichtigkeiten. Das Schlusslicht der Rangskala bildet wie auch schon 2004 die Begrenzung des Wachstums von Siedlungs- und Verkehrsflächen. Aktuell räumen lediglich 34 % diesem Ziel eine sehr hohe Priorität ein.

Generell gilt: Je höher die formale Bildung, desto eher werden die verschiedenen Aufgaben als sehr wichtig eingeschätzt. Da dies jedoch für alle Aspekte zutrifft, bleibt die grundlegende Rangfolge hiervon unberührt. Die größten bildungsspezifischen Meinungsunterschiede bestehen hinsichtlich des Verkehrsaspektes. Von Befragten mit Abitur oder Hochschulbildung zu 70 % als „sehr wichtig“ angesehen, wird die Entwicklung hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln unter Befragten mit einfacher Bildung (Hauptschule ohne Lehre) von weniger als der Hälfte als „sehr wichtig“ eingestuft (48 %).

Bekanntheit: Öko-Steuer Ungestützte Nachfrage



Werte unter 5 % nicht aufgeführt, Mehrfachnennungen möglich

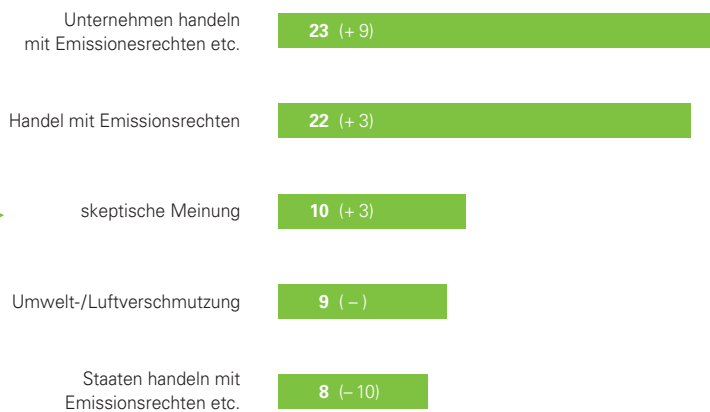
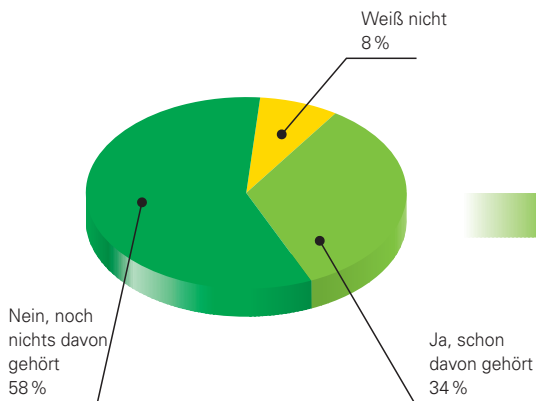
**Frage: Haben Sie schon einmal den Begriff „Öko-Steuer“ gehört?
Was verbinden Sie mit dem Begriff „Öko-Steuer“?**

Mehr als vier von fünf Bundesdeutschen ist die Öko-Steuer ein Begriff (82 %). Ein zweifellos hoher Bekanntheitsgrad, der jedoch – schaut man in die Vergangenheit – vor zwei Jahren noch höher ausfiel: 2004 gaben 88 % an, diesen Begriff schon einmal gehört zu haben. Zu jener Zeit war der Begriff ganz offensichtlich noch präsenter in den Medien als heute, wo andere Schlagworte wie „Klimawandel“ die Diskussionen dominieren. Es sind auffälligerweise auch gerade die unter 30-Jährigen, die mit dem Wort „Öko-Steuer“ nichts anfangen können, mit 26 % doppelt so viele wie im Schnitt (13 %) geben an, davon noch nichts gehört zu haben.

Trotz des hohen Bekanntheitsgrades fällt es vielen nicht leicht, die Begriffshülle auch inhaltlich zu füllen. Knapp jede(r) Dritte (31 %) definiert die Ökosteuer richtigerweise als Steuer auf Benzin und Energie, 21 % bezeichnen sie allgemeiner als Steuer für den Umweltschutz und 8 % als Abgabe für Umweltbelastungen. 23 % verweisen aber auch vage darauf, dass diese Steuer Auswirkungen auf die Preise habe, und jede(r) zehnte Bundesbürger äußert schlicht seinen Missmut; für ihn ist die Öko-Steuer vor allem eins – eindeutig mit negativen Assoziationen verknüpft.

8. Bekanntheit: Emissionshandel

Bekanntheit: Emissionshandel Ungestützte Abfrage



Werte unter 5% nicht aufgeführt,
Mehrfachnennungen möglich

**Frage: Haben Sie schon einmal den Begriff „Emissionshandel“ gehört?
Was verbinden Sie mit dem Begriff „Emissionshandel“?**

34 % der bundesdeutschen Bevölkerung und damit um vier Prozentpunkte mehr als 2004 kennen heutzutage den Begriff „Emissionshandel“. Nach wie vor ist der Bekanntheitsgrad stark bildungsabhängig. Während unter Befragten mit Abitur oder Hochschulbildung zwei Drittel (65 %) schon einmal von Emissionshandel gehört haben, sind es bei mittlerem Bildungsniveau bereits nur noch etwa halb so viele (34 %).

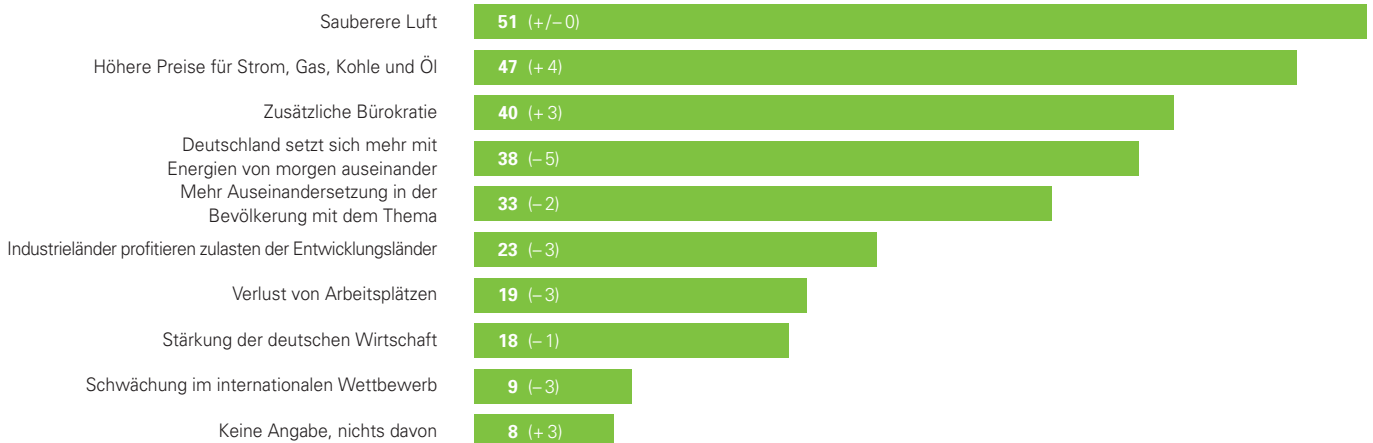
Ihr Wissensdefizit teilweise aufgeholt haben dafür die Frauen, die sich 2004 noch wesentlich uninformatierter zeigten als die Männer (23 % zu 38 %). Heute weiß immerhin knapp jede dritte Frau mit dem Begriff etwas anzufangen (31 %), während der Anteil bei den Männern gegenüber 2004 bei 38 % stagniert.

Klar verbessert hat sich auch das konkrete Wissen: 23 % der Befragten, die das Wort Emissionshandel schon einmal gehört haben, verbinden damit ganz richtig, dass Unternehmen mit Emissionsrechten handeln; 2004 waren es erst 14 %. Weiteres Indiz: Zwar gehen auch heute noch 8 % derer, die den Begriff vorgeben zu kennen, fälschlicherweise davon aus, dass es die Staaten seien, die damit handeln, aber dies sind doch deutlich weniger als noch 2004, wo sich 18 % der Antworten auf diesen Zusammenhang bezogen. Damals dachten also mehr Bundesbürger in die falsche Richtung (staatlicher Handel) anstatt in die richtige (Handel durch Unternehmen). Mittlerweile wird überwiegend korrekt zugeordnet. Allgemein den Handel mit Emissionsrechten nennen heute 22 % (2004: 19 %).

Unverändert gibt es allerdings damals wie heute einen recht hohen Anteil von Befragten, die vom Begriff Emissionshandel zwar schon gehört haben, aber dessen Bedeutung nicht kennen: 19 % antworten auf die entsprechende Nachfrage mit „weiß nicht“, 2004 waren es 18 %.

Erwartungen an den Emissionshandel

Werte in Klammern: Veränderung zu 2004



Frage: Was bringt der Emissionshandel? Ich lege Ihnen dazu verschiedene mögliche zukünftige Auswirkungen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie eine solche Auswirkung erwarten oder nicht.

Um die Befragten auf einen vergleichbaren Kenntnisstand zu bringen und damit in die Lage zu versetzen, die Frage nach den erwarteten Auswirkungen beantworten zu können, wurde ihnen folgende Erläuterung des Begriffs „Emissionshandel“ vorgelegt:

„Emissionshandel beschreibt den Handel von Emissionsrechten (auch Emissionszertifikate oder Verschmutzungsrechte) zum Kohlendioxid-Ausstoß. Mit Emissionsrechten werden ab 01.01.2005 Unternehmen handeln, die große Anlagen mit großem Kohlendioxid-Ausstoß betreiben. Jedes betroffene Unternehmen erhält einmalig kostenlos Rechte/Zertifikate. Hat es zu wenig Zertifikate, muss es zukaufen, hat es Überschüsse, kann es diese verkaufen. Der Handel wird organisiert durch eine Bundesbehörde, die Deutsche Emissionshandelsstelle.“

Für die neun vorgestellten möglichen Auswirkungen wird in unterschiedlichem Ausmaß angenommen, dass sie eintreffen werden; durchweg wechseln sich hierbei Hoffnungen mit Befürchtungen ab. Es lassen sich grob drei Gruppen unterscheiden. In der Spitzengruppe sind ein positives und ein negatives

Ereignis platziert, von denen zumindest etwa jeder zweite Bundesbürger erwartet, dass der Emissionshandel dies bewirken wird: 51 % gehen davon aus, dass die Luft durch den Emissionshandel sauberer wird, und 47 % rechnen mit höheren Energiepreisen.

Drei Argumente haben mindestens ein Drittel der Bevölkerung hinter sich. 40 % sehen im Emissionshandel zusätzliche Bürokratie, ähnlich viele (38 %) hoffen auf ein positives Zeichen und nehmen an, dass sich der Staat dadurch mehr mit den Energien der Zukunft auseinandersetzen wird. Die dritte Antwort tendiert in eine ähnliche Richtung, bezieht sich aber auf den einzelnen Bürger: 33 % erwarten, dass sich die Bevölkerung stärker mit dem Thema Emissionen beschäftigen wird. Auch in dieser Gruppe finden sich also sowohl positive als auch negative Erwartungen.

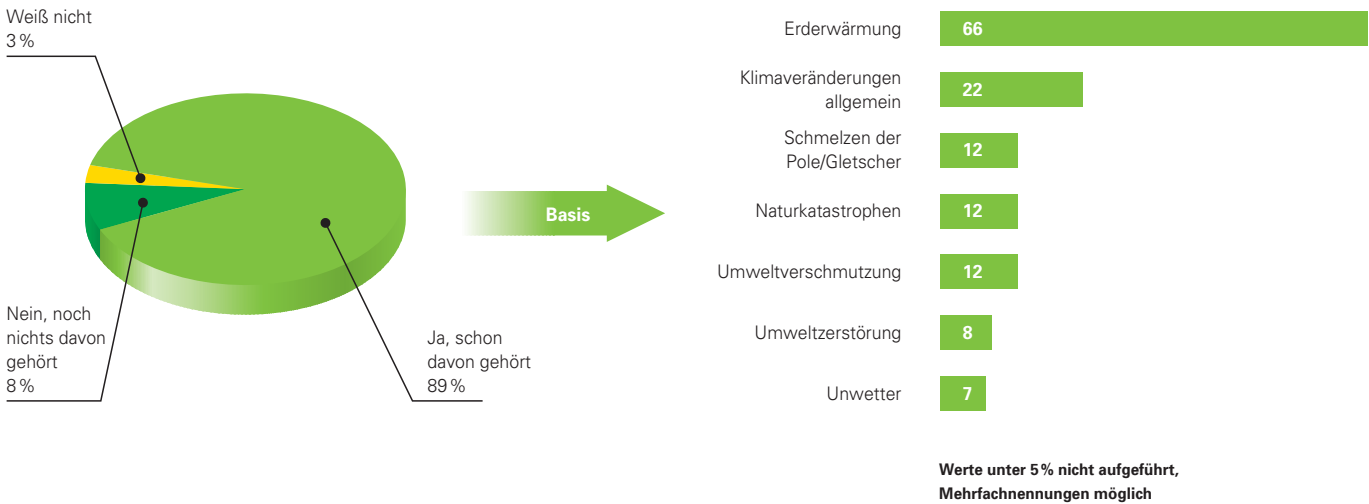
Die in der dritten Gruppe zusammengefassten Auswirkungen werden von einer kleineren Minderheit der Bevölkerung als zutreffend eingeschätzt. Nur 23 % gehen davon aus,

dass es dazu kommen wird, dass die Industriestaaten einseitig und auf Kosten der Entwicklungsländer vom Emissionshandel profitieren werden. Und weder befürchtet man in besonderem Maße den Verlust von Arbeitsplätzen (19 %) noch erhofft man sich dadurch eine besondere Stärkung der Wirtschaft (18 %). Dass der Emissionshandel die Position Deutschlands im internationalen Wettbewerb schwächen könnte, wird als völlig abwegig angesehen. Diese Auffassung vertreten lediglich 9 % der Bundesdeutschen.

Im Trendvergleich haben sich nur kleinere Verschiebungen ergeben. Die Abweichungen betragen nur in zwei Fällen mehr als drei Prozentpunkte: Höhere Energiepreise erwarten heute mehr Bundesbürger (plus vier Prozentpunkte), einen positiven Anstoß, der zur Auseinandersetzung mit den Energien der Zukunft führt, sehen heutzutage weniger gegeben als noch 2004 (minus fünf Prozentpunkte).

10. Bekanntheit: Klimawandel

Bekanntheit: Klimawandel Ungestützte Abfrage



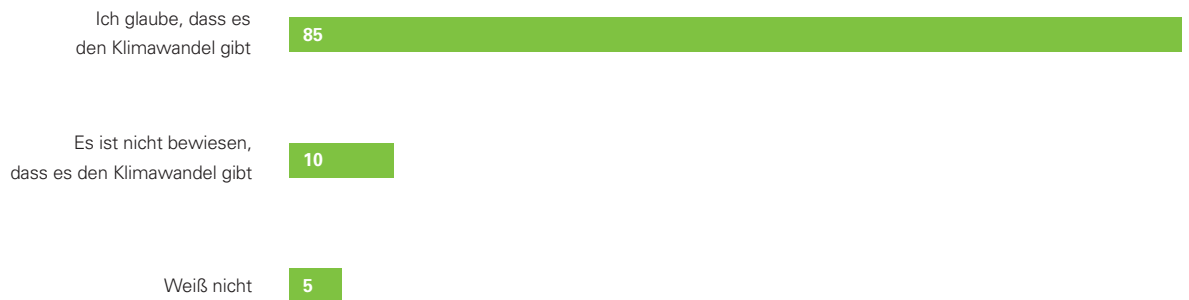
Aus den Antworten wird deutlich: Das Thema Klimawandel ist in der bundesdeutschen Bevölkerung angekommen. Von allen in der Studie abgefragten Begriffen erreicht „Klimawandel“ mit 89% den höchsten Bekanntheitsgrad, und dies quer durch die Bevölkerungsschichten. Selbst das Bildungsniveau hat hierauf nur einen verhältnismäßig geringen Einfluss, denn auch unter Befragten mit einfachster Schulbildung (ohne Lehre) haben mindestens drei von vier davon gehört; liegt zusätzlich zum Volks- oder Hauptschulabschluss eine Berufsausbildung vor, steigt die Kenntnis bereits auf 87%.

Und anders als bei nachhaltiger Entwicklung, Kyoto-Protokoll oder Emissionshandel bleibt der Begriff keine leere Hülse. Auch dies ist nicht auf einzelne Teilgruppen beschränkt, sondern gilt durchweg für die gesamte Bevölkerung. Die häufigste Antwort ist keine globale Umschreibung des Begriffs – auf Klimaveränderung allgemein beziehen sich 22% der Antworten. Zwei Dritteln der Bundesdeutschen fällt hingegen zu Klimawandel das Stichwort „Erderwärmung“ ein. Weitere Indizien, dass der Begriff in der Bevölkerung nicht nur wahrgenommen, sondern auch inhaltlich verstanden wurde, sind die geringe Zahl von Befragten, die den Begriff gar nicht definieren können (nur 2%: „weiß nicht“), und die Vielfalt der Antworten – im Schnitt werden 1,5 Antworten gegeben, d.h., neben einer allgemeinen Definition werden oft auch Teilaspekte genannt.

12% nennen konkret das Schmelzen der Pole (weitere 3% den damit zusammenhängenden Anstieg des Meeresspiegels). Ebenfalls 12% haben bei Klimawandel Naturkatastrophen vor Augen, weitere 7% der Antworten gehen mit „Unwetter“ in die gleiche Richtung. Und wiederum 12% sehen einen Zusammenhang mit Umweltverschmutzung, 8% gehen noch einen Schritt weiter und sprechen von Umweltzerstörung.

11. Klimawandel: existent oder unbewiesen?

Klimawandel: existent oder unbewiesen?



**Frage: Haben Sie schon einmal den Begriff „Klimawandel“ gehört?
Was verbinden Sie mit dem Begriff „Klimawandel“?**

Die Bundesbürger haben sich in dieser Frage festgelegt: Für die überwältigende Mehrheit ist der Klimawandel unstrittige Realität. Nur 10 % halten ihn heutzutage für unbewiesen und 5 % beziehen keine Position, sind noch unentschieden.

Diese Grundhaltung zieht sich durch alle Teilgruppen der Bevölkerung. Der Bildungshintergrund zeigt sich höchstens insofern, als dass mit einfacher Bildung die Meinungsunsicherheit noch etwas größer ist; sie nimmt mit steigendem Bildungsniveau ab (von 14 % bei der untersten Bildungsschicht auf 2 % bei den Hochgebildeten).

12. Klimawandel: resigniertes Hinnehmen oder aktives Gegensteuern?

Klimawandel: resigniertes Hinnehmen oder aktives Gegensteuern?

Für ein Rückgängigmachen oder eine Minderung des Klimawandels ist es zu spät. Wir können uns nur an den Klimawandel anpassen.

44

Es ist möglich, den Klimawandel rückgängig zu machen oder zu mindern. Wir müssen uns damit nicht abfinden.

47

Weiß nicht

9

Frage: Ich lege Ihnen nun zwei Meinungen vor. Bitte sagen Sie mir, welcher der beiden Meinungen Sie persönlich eher zustimmen.

Der Klimawandel ist allgemein bekannt und wird nicht in Frage gestellt, aber wie damit umgehen? So entschieden sich die Bundesbürger der Tatsache als solcher stellen, so zwiespältig sind sie, was den Umgang damit betrifft. Die eine Hälfte der Bevölkerung hat bereits resigniert, sie sieht keine Möglichkeiten mehr, den Klimawandel zu mindern oder gar rückgängig zu machen, und glaubt, dass nichts bleibt, als sich den Veränderungen anzupassen (44 %). Die andere Hälfte will sich nicht damit abfinden, sie sieht noch Chancen, das Ruder herumzuwerfen und den Klimawandel abzuwenden oder zumindest abzumildern (47 %).

Diese Lagerbildung zieht sich durch alle Untergruppen, die ansonsten häufiger einmal in ihren Ansichten differieren. Junge unterscheiden sich hier nicht signifikant von Älteren, Männer nicht von Frauen, und was die Bildung angeht, zeigen sich einfach Gebildete zwar sehr viel häufiger mit einer Stellungnahme überfordert (28 %: „weiß nicht“; Bundesdurchschnitt: 9 %), aber auch bei ihnen erhalten beide Positionen etwa gleich viel Zulauf, ein eindeutiges Meinungsbild ist auch hier Fehlanzeige. Wenn eine Tendenz ersichtlich wird, dann die, dass mit steigender Bildung der Trend doch etwas eher in Richtung eines aktiven Gegensteuerns geht, während Befragte mit niedrigem Bildungsniveau etwas eher zu passivem, resigniertem Hinnehmen tendieren.

Was die Merkmale Geschlecht, Alter oder Schulbildung nicht hergeben, schafft in dieser Frage allerdings die regionale Herkunft, und zwar auf einer anderen Achse als der alten Grenze zwischen BRD und DDR. Die Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern sind marginal, die Trennungslinie verläuft hier zwischen Nord und Süd. Es ist der Süden Deutschlands, der skeptischer und resignativer eingestellt ist, was die Chancen betrifft, dem Klimawandel mit aktivem Handeln entgegenzutreten zu können. In Bayern und Baden-Württemberg vertreten überdurchschnittlich viele und signifikant mehr Befragte als Bewohner anderer Regionen die Meinung, dass nichts mehr zu ändern sei (jeweils 56 %, Bundesschnitt: 44 %).

Erwartungen an Europa bzgl. der Klimaschutzpolitik

Europa sollte vorangehen, auch wenn damit
möglicherweise wirtschaftliche Nachteile verbunden
sind, wenn andere Länder der Welt nicht folgen

76

Europa sollte sich eher dem Tempo
der anderen Länder anpassen

14

Weiß nicht

10

Frage: Wie sollte sich Europa Ihrer Meinung nach zukünftig in der Klimaschutzpolitik verhalten?

Auch wenn die Unsicherheit offensichtlich groß ist, ob der Klimawandel noch zu stoppen ist: Die normative Erwartungshaltung ist groß, dass Europa in puncto Klimaschutzmaßnahmen eine Vorreiterrolle übernehmen sollte, und zwar selbst unter Inkaufnahme ökonomischer Nachteile, falls andere Länder der Welt nicht gleich folgen würden. Drei Viertel der bundesdeutschen Bevölkerung (76 %) vertreten diesen Standpunkt, nur 14 % würden Klimapolitik lieber global mit gleichem (dann sicher langsamerem) Tempo angehen.

Es wird zwar in einzelnen Bevölkerungsgruppen etwas mehr oder etwas weniger Nachdruck auf diese Forderung gelegt, aber nur in wenigen Fällen sinkt der Anteil unter 70 %, und auch dort bleibt es eindeutig bei der Mehrheitsmeinung.

Die Bundesbürger machen mit dieser Antwortverteilung unmissverständlich klar, dass sie aktives politisches Handeln zum Schutz des Klimas für sinnvoll und notwendig halten.

14. Klimawandel: Bereitschaft zu persönlichen Einschränkungen

Klimawandel: Bereitschaft zu persönlichen Einschränkungen

Übersicht: sehr bereit

Weniger Auto zu fahren und öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, auch wenn dies häufig länger dauert und umständlicher ist

28

Ein neues Auto zu kaufen, welches deutlich weniger Kraftstoff verbraucht und weniger PS hat

32

Eine neue, effizientere Heizung einbauen zu lassen, auch wenn diese Investition sich erst mittelfristig finanziell lohnt

22

Frage: Welche persönlichen Einschränkungen sind Sie persönlich bereit hinzunehmen, um den Ausstoß der klimaschädlichen Treibhausgase zu mindern? Bitte überlegen Sie jeweils genau, ob Sie dazu tatsächlich bereit wären, denn es ist ja oft leichter gesagt als getan. Würden Sie sagen, dazu sind Sie... sehr bereit / eher bereit / eher nicht bereit / nicht bereit?

Von der Politik aktives Handeln zu fordern ist die eine Sache, persönliche Einschränkungen in Kauf zu nehmen aber möglicherweise eine ganz andere. Genau dies wird aber erforderlich sein, wenn Maßnahmen Wirkung entfalten sollen, denn ohne die Bereitschaft des Einzelnen, seinen Beitrag zu leisten, ist auf individueller Ebene kaum eine effiziente Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase zu erzielen. Wie ist es nun um die persönliche Bereitschaft der Bundesbürger bestellt?

Jeweils mehr als sieben von zehn Bundesdeutschen signalisieren zu den drei abgefragten Aktionsbereichen – Individualverkehr reduzieren, Autokauf nach ökologischen Kriterien und eine effizientere Heizung trotz höherer Investitionskosten – grundlegende Bereitschaft, ihren Anteil auf diese Weise beizutragen („bin sehr/eher bereit“). Trotz der recht differenzierten Fragestellung, in der ausdrücklich gefordert wird, eine realistische Einschätzung abzugeben, sollte man die Prozentwerte in dieser Größenordnung allerdings relativieren. Zu sehr dürfte da auch die soziale Erwünschtheit bei der Beant-

wortung der Fragen hineinspielen, und ein Lippenbekenntnis – „bin eher bereit“ (als „nicht bereit“) – ist schnell gegeben.

Interessanter ist es daher, darauf zu schauen, wie viele sich in hohem Maße bereit erklären, persönlich die entsprechenden Maßnahmen umzusetzen. Der Anteil derer, die mit „bin sehr bereit“ antworten, liefert ein weitaus verlässlicheres Maß zur Einschätzung der individuellen Bereitschaft; deshalb sind auch nur diese Werte grafisch dargestellt worden.

So bleiben von über 70 % weniger als die Hälfte übrig, die starke Bereitschaft bekunden, auch unter persönlichem Verzicht selbst aktiv zu werden. Am relativ größten ist die Willigkeit, beim nächsten Autokauf ein verbrauchsärmeres Auto auszuwählen, damit aber auch weniger PS unter der Haube zu haben (32 %). Auch eine Reduzierung des Autofahrens durch verstärkte Nutzung des ÖPNV wird – den Unbequemlichkeiten zum Trotz, die damit verbunden sind – von 28 % einigermaßen ernsthaft in Erwägung gezogen. Damit liegt im Bereich Auto und Verkehr eher ein Hebel

für Veränderungen als im privaten Wohnbereich, denn in eine neue, effizientere Heizung würden nur 22 % investieren wollen.

Formal höher Gebildete zeigen eher als andere die Bereitschaft, auch bei den Heizungsemissionen privat aktiv gegenzusteuern (31 %). Tendenziell über dem Schnitt liegen sie im Übrigen auch damit, einen Neuwagenkauf an anderen als den bisher üblichen Kriterien Schnelligkeit und Größe festzumachen (41 %; Schnitt: 32 %) – ein Verzicht auf Mobilität mit dem Privat-PKW kommt für sie allerdings nicht signifikant häufiger in Frage als für andere (31 %; Schnitt: 28 %).

Insgesamt kann man festhalten: Ein Wille zur Veränderung ist da, ein Basispotenzial für Engagement in Sachen Klimaschutz – auch auf Kosten persönlicher Freiheiten – bei den Bürgern vorhanden, das genutzt werden kann. Dies geben die Antworten auf die Frage nach persönlicher Bereitschaft auf jeden Fall her, auch wenn diese Einstellungen noch nicht mit realem Handeln gleichzusetzen sind.

Klimaschutz: Bereitschaft zu gesetzlichen Vorgaben

Übersicht: sehr bereit

... weniger Auto zu fahren und öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, auch wenn dies häufig länger dauert und umständlicher ist

23

... ein neues Auto zu kaufen, welches deutlich weniger Kraftstoff verbraucht und weniger PS hat

28

... eine neue, effizientere Heizung einbauen zu lassen, auch wenn diese Investition sich erst mittelfristig finanziell lohnt

23

Frage: Wie ist Ihre Meinung zu gesetzlichen Regelungen zur Senkung des Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase? Inwieweit sind Sie dafür oder dagegen, dass Gesetze erlassen werden, die Sie als Bürger zwingen würden ...? (sehr bereit / eher bereit / eher nicht bereit / nicht bereit)

Nochmals schärfer stellt sich die Frage nach der Bereitschaft zu Veränderungen, wenn man mit dem Zwang gesetzlicher Vorgaben operiert. Es zeigt sich, dass das Antwortverhalten auch bei Annahme gesetzlicher Regelungen, die den Bürger zwangsweise zu verändertem Verhalten verpflichten würden, nicht völlig, aber doch relativ stabil bleibt.

Gesetzliche Vorgaben, die beim Neukauf von Autos die Berücksichtigung von Klimaschutzkriterien zur Pflicht machen würden, werden von 28 % „sehr“ unterstützt; das sind vier Prozentpunkte weniger, als sich freiwillig dazu bereit erklärten (32 %). Die Einschränkung des Individualverkehrs hat 23 % Befürworter (minus fünf Prozentpunkte im Vergleich zu freiwilligem Verzicht), und Auflagen zu Heizungen würden ebenfalls 23 % sehr begrüßen (hier ist sogar ein Prozentpunkt mehr zu verzeichnen).

In der Detailanalyse fällt auf, dass Ostdeutsche zögerlicher zustimmen als Westdeutsche, wenn es beim Thema Auto um gesetzliche Regelungen geht – sei es bei der Bestimmung von Autokaufkriterien oder bei der Einschränkung der Individualmobilität (acht bzw. fünf Prozentpunkte Differenz). Gleichzeitig ergibt der Vergleich mit der Bereitschaft zu persönlicher Verhaltensänderung, dass ostdeutsche Befragte offenbar stärker (nur) auf persönliche Freiwilligkeit als auf gesetzliche Vorgaben setzen, denn bei ihnen weichen die Angaben zu diesen beiden Varianten von Einflussnahme deutlich voneinander ab; sie präferieren bezüglich Veränderungen im Verkehrsverhalten auf jeden Fall die individuelle Entscheidung. Westdeutsche Bürger zeigen sich zwar auch etwas offener gegenüber persönlichen Verhaltensänderungen als gegenüber gesetzlichen Eingriffen, die Unterschiede sind jedoch geringer: drei bzw. vier Prozentpunkte Differenz (zwischen Bereitschaft zu persönlicher Verhaltensänderung und Bereitschaft zu entsprechenden gesetzlichen Regelungen) gegenüber sechs

bzw. neun Prozentpunkten bei Befragten aus den neuen Bundesländern.

Interessant sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede: Frauen sind genauso häufig wie Männer „sehr bereit“, Klimaschutzziele durch gesetzliche Vorschriften festzuschreiben (gleich hohe prozentuale Anteile). Gleichzeitig zeigen Frauen aber für den individuellen Bereich mehr Bereitschaft zu persönlicher Verhaltensänderung als Männer, dort sind ihre prozentualen Anteile höher.

16. Methodensteckbrief

Methodensteckbrief

- Titel: Emissionshandel
- Durchführung: TNS Emnid, Bielefeld
- Projektverantwortung: Oliver Krieg
- Grundgesamtheit: Bevölkerung in der BRD ab 14 Jahren
- Stichprobengröße: 2.159 Befragte
- Auswahlverfahren: Zufallsauswahl (Basis: ADM-Mastersample)
- Methode: persönlich-mündliche Interviews (CAPI Bus)
- Feldzeit: 23.02.–12.03.2007
- Auswertung: TNS Emnid, Bielefeld



Der BP CO₂-Rechner

CO₂ Rechner

Wie groß ist Ihr CO₂-Fußabdruck?

Zuerst einmal gilt es zu verstehen, wie Ihr CO₂-Fußabdruck zustande kommt. Dieses Modell zeigt Ihnen, wie Sie den CO₂-Fußabdruck Ihres Haushaltes abschätzen und durch Veränderungen in Ihrem Haushalt, an Ihrem Lebensstil und durch die Nutzung umweltschonender Technologien beeinflussen können.

Ihr Land:

Anzahl der Personen im Haushalt:

Art der Wohnung:

Messen Sie Ihren CO₂-Fußabdruck

Als einer der großen Energieversorger der Welt sehen wir unsere Verantwortung darin, auch bei der Suche nach Lösungen für das Klimaproblem und bei deren Umsetzungen führend zu sein. 1997 war BP das erste Unternehmen der Öl- und Gasbranche, das in einem öffentlich viel beachteten Statement vorbeugende Maßnahmen gegen den Klimawandel forderte. Seitdem haben wir uns freiwillige Ziele zur Reduzierung der eigenen Emissionen gesetzt und durch Energieeffizienzprojekte unsere eigenen Treibhausgasemissionen kontinuierlich reduziert. So gehören wir weltweit zu den größten Investoren im Bereich kohlenstoffarmer Energieträger und Technologien.

Doch auch jeder Einzelne kann dazu beitragen, die CO₂-Emissionen zu senken, denn durchschnittlich setzt ein Haushalt in Deutschland pro Jahr 13 t CO₂ frei.

Wissen Sie zum Beispiel, wie groß der private CO₂-Ausstoß Ihres Haushaltes ist? Oder wie sich Flugreisen oder Autofahrten auf die CO₂-Bilanz auswirken? Der CO₂-Rechner von BP berücksichtigt viele Einzelfaktoren Ihrer privaten Energienutzung von den Beleuchtungsgewohnheiten über die Heizungs- und Klimatechnik bis zur Nutzung von Elektrogeräten im Haushalt. Die von Ihnen eingegebenen Daten werden auf der Basis länderspezifischer Energieumfragen in CO₂-Emissionen umgerechnet. Mit Hilfe des CO₂-Rechners erkennen Sie schnell, welche Faktoren Ihre Emissionen am stärksten beeinflussen. Gleichzeitig erfahren Sie, wie Sie diese reduzieren können.

Besuchen Sie uns im Internet und messen Sie Ihren CO₂-Fußabdruck unter www.co2-fussabdruck.de

Auswahl einiger Internet-Links, unter denen Sie mehr erfahren:

Nachhaltigkeit

- www.nachhaltigkeit.info
- www.bundesregierung.de
- www.fona.de

Öko-Steuer

- www.polixea-portal.de (-> Lexikon)

Emissionshandel

- www.dehst.de (-> Emissionshandel)

Kyoto-Protokoll

- www.kyoto-protokoll.de

Herausgeber

Deutsche BP Aktiengesellschaft
Wittener Straße 45
44789 Bochum

Bereich Presse & Externe Kommunikation
Telefon +49 234 315-2981
Telefax +49 234 315-2319
info@de.bp.com